



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

3 (3.1.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201189](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201189)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugpreise: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile Mt. 4.— woch. Mt. 5.—

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Große Erwartungen.

§ London, den 31. Dezbr. 1921.

Die Segenswünsche der gesamten Presse begleiten Lloyd George und Winston Churchill auf ihrer Fahrt nach Cannes. Optimismus herrscht auf der ganzen Linie.

„Westminster Gazette“ machte vor einiger Zeit auf dieses von Berthelot „geschmielerte Komplott“ aufmerksam.

Es ist gewiss kennzeichnend für die englische Presse, daß sie ihre Lagebesprechungen hauptsächlich auf den weiteren Gang der Orientverhandlungen einstellt.

Die Zusammenkunft der nach Paris geschickten Vertreter der Hochfinanz und Großindustrie wird gelobt.

Wenn die Konferenz in Cannes einen Beschluß über eine Ende Januar einzuberufende internationale Wirtschafts- und Finanzkonferenz fassen soll, so ist es notwendig, sich nicht allein über die Frage der Staatenbeteiligung zu verständigen.

Telegraph“ und fährt fort, „wir können diesen Männern nicht den Vorteil ausliefern, daß sie, unabhängig von den Großindustriellen und Finanziers, zu weittragenden Beschlüssen gelangen.“

Sehr zurückhaltend zeigen sich die englischen Zeitungen in der Besprechung der deutschen Zahlungen. Auf die Sensationsmeldungen der Pariser Zeitungen gehen sie ebensowenig ein, wie auf eine Erklärung der aus Berlin kommenden Meldungen.

Der Optimismus, den hiesige Finanzkreise bekunden, findet durch die Mitteilung, der amerikanische Botschafter in London, Oberst Harvey, werde in Cannes anwesend sein, eine wesentliche Stütze.

Die Vorbereitungen für Cannes.

WB. Paris, 2. Jan. Wie der „Temps“ mitteilt, wird der zugeteilte Direktor für politische Angelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen Laroche Briand nach Cannes begleiten.

WB. Paris, 2. Jan. Wie der „Temps“ mitteilt, wird Briand morgen Paris verlassen und am Mittwoch Vormittag mit den Sachverständigen der französischen Delegation in Cannes ankommen.

Briand und Lloyd George werden am Mittwoch und Donnerstag Vorbesprechungen haben. Die offizielle Tagung des Obersten Rates wird am Freitag, den 6. Januar eröffnet werden.

§ London, 1. Januar. Nach einem Berichte des „Daily Herald“ ist das Unterhausmitglied der Arbeiterpartei, Henderson, nach Paris abgereist, um dort mit englischen Großindustriellen zu konferieren.

Wenig Optimismus in Paris.

WB. Paris, 2. Januar. Briand reist heute abend nach Cannes ab. Außer den 13 Delegierten befindet sich in seiner Begleitung ein Stab von französischen und fremden Zeitungsreporternden.

WB. Berlin, 3. Jan. Wie der Brüsseler Vertreter der „Tägl. Rundschau“ hört, werden Frankreich und Belgien Beschwerde dagegen erheben, daß in Cannes deutsche Delegierte als gleichberechtigte Abgeordnete zugelassen werden.

der französischen Heeresstärke und einer Einigkeit über das Flugwesen im Verhältnis der Flugzeuge 1:1.

Äußerungen des „Intransigeant“.

WB. Paris, 2. Jan. Der „Intransigeant“ schreibt, der französische Premierminister habe von der Kammertribüne erklärt, „Frankreich wird in Cannes keine einzige der Garantien ausgeben, die es in Deutschland befrist.“

Die Befahrungskosten.

WB. Berlin, 3. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Auf der Konferenz von Cannes soll nach einer Brüsseler Meldung der „D. A. Z.“ auch die Frage der rheinischen Befahrungskosten besprochen werden.

Kathenan.

WB. Berlin, 3. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Wie der Pariser Mitarbeiter des „L. A.“ dröhlet, will er aus besserer Quelle erfahren haben, daß sich Herr Dr. Kathenan heute nach Cannes begeben wird.

Eine interessante italienische Ministerratsitzung.

WB. Berlin, 2. Jan. Der Berichterstatter des acht- bis neun- bischen Rat, der am letzten Donnerstag über die bevorstehende Tagung von Cannes beriet.

Frankreichs außenpolitische Lage.

Eine pessimistische Neujahrsvorlesung des „Temps“. WB. Paris, 2. Jan. Der „Temps“ bringt heute eine außerordentlich pessimistisch gehaltene Betrachtung zur Jahreswende.

Das neue Jahr, in das Frankreich eintrete, sei außerordentlich schwierig. Der außenpolitische Horizont Frankreichs sei mit dunklen Wolken verhagelt.

Eine Veränderung der außenpolitischen Lage Frankreichs könne nur durch eine Wandlung in den Beziehungen zwischen England und Frankreich herbeigeführt werden.

schweben und solange man nicht wisse, welche Rolle den Flugzeugen im Seekampf zufallen würde. Wie könnte es endlich möglich sein, daß Frankreich und England in einer Frage so heftiger Natur zur gleichen Anschauung kämen, solange die politischen Beziehungen noch sehr im Fluß seien und niemand wissen könne, ob sie, wie ihre vitalen Interessen es erfordern, entschlossen seien, ihr Bündnis enger zu gestalten und ihre Zusammenarbeit in dem Maße zu erweitern, wie die Gefahren wüchsen, die sie beide bedrohen.

Die Pariser Finanz- und Wirtschaftskonferenz.

PARIS, 3. Jan. Aus den Beschlüssen der sogenannten Pariser Wirtschaftskonferenz, die die Frage des Wiederaufbaus Europas prüfen und ihre Durchführung vorbereiten sollte, sind nach einem Pariser Bericht der „Frankfurter Zeitung“ noch einige bisher unbekannt Einzelheiten nachzutragen: Die Beteiligung Deutschlands wird mit folgenden Sätzen begründet: „Aber auf seine Hilfsmittel angewiesen, ist kein Land heute in der Lage, sich wirtschaftlich zu erholen. Es ist deshalb notwendig, daß alle Nationen und alle sozialen Klassen ohne Vorbehalt an dem gemeinsamen Werke teilnehmen. Auch Deutschland muß herangezogen werden. Denn in Zentral-Europa stellt es einen Faktor von allererster Bedeutung, sowohl in finanzieller wie in industrieller und kommerzieller Hinsicht dar. Seine Kenntnisse und Erfahrungen lassen es für ein Werk dieser Art besonders geeignet erscheinen.“ — Das Organisationsstatut des zur wirtschaftlichen Sanierung Rußlands vorgesehenen internationalen Konsortiums soll von einem englisch-französischen Komitee ausgearbeitet werden, das auch die Höhe der Beteiligungen festzusetzen hat. In Aussicht genommen ist, daß 4 des Geschäftskapitals zu gleichen Teilen von England, Frankreich, Amerika und Deutschland, der Rest von Italien und Belgien und evtl auch von Holland und der Tschecho-Slowakei, aufgebracht werden solle. — Die erste Aufgabe des Konsortiums soll die Reorganisation der Eisenbahnen, der Häfen und der Schifffahrt in den östlichen Ländern Europas sein, die die Vorbereitung ist für die Wiederingangsetzung der Industrie. Die auszuführenden Arbeiten und die industriellen Lieferungen sollen auf die einzelnen Länder nach Maßgabe ihrer Beteiligung im internationalen Konsortium verteilt werden. Der Sitz der Gesellschaft soll London sein.

PARIS, 2. Jan. In unterrichteten Kreisen wird behauptet, daß die maßgebenden französischen Persönlichkeiten nach wie vor wenig geneigt seien, auf das von englischer Seite angeregte Ratatorium einzugehen. In Paris wäre man viel eher geneigt, ein Entgegenkommen in der Richtung zu zeigen, daß man einer Pauschalierung der im Jahre 1922 fälligen deutschen Zahlungen zustimmen würde. Als eine solche feste Jahressumme werden 500 Millionen Goldmark genannt. Die Annahme einer derartigen Lösung würde also bedeuten, daß Deutschland im Jahre 1922 nur 500 Mill. Goldmark zu zahlen hätte. Frankreich dürfte an dieses Zugeständnis die Bedingung knüpfen, daß es von dieser Summe den weitaus größten Teil erhalte.

BRÜSSEL, 2. Jan. Der „Soir“ schreibt, die belgischen Delegierten haben auf der Konferenz der Industrie- und Finanzleute in Paris am Samstag eine Note überreicht, in der in deutlicher Weise die Fragen angebehalten werden, die nach ihrer Auffassung gelöst werden müssen. Die Belgier haben besonders betont, daß die früheren Situationen respektiert werden müssen. Es handele sich im vorliegenden Falle darum, daß die besonders Lage, die Belgien sich in Rußland geschaffen habe und welche es in seinem Interesse aufrecht erhalte, geachtet werde.

Marshall Joch als Volkswirtschaftler.

PARIS, 1. Januar. Nun ist Marshall Joch auch unter die Volkswirtschaftler gegangen. Er vertraute dem amerikanischen Oberst Dougherty seine Meinung über den Wiederaufbau Europas an. Die „Opinion“ bringt den in „Newport Times“ veröffentlichten Artikel. Joch teilte dem Amerikaner mit, daß er bereits während der Waffenstillstandsverhandlungen einen „Wirtschaftsplan“ in der Tasche hatte. Man wolle aber davon nichts wissen. Heute würden viele Staatsmänner einsehen, wie richtig Joch die Lage beurteilte. Er, der Marshall, wünschte, daß die Klüfteten zuerst ihre finanziellen und wirtschaftlichen Verbindlichkeiten in Ordnung brächten; dann hätte man, wie ein Mann, mit Deutschland sprechen sollen. Deutschland hätte in die Lage versetzt werden müssen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Eine europäische Finanz- und Wirtschaftskonferenz im Jahre 1920 war das Ziel des Marschalls. Während seiner Amerika-Reise teilte Joch seinen Plan einigen hochstehenden Persönlichkeiten mit und fand große Anerkennung. In seinen Mitteilungen an den amerikanischen Oberst sprach der Marshall sehr pessimistisch über die heutige europäische Lage.

Die Konferenz von Washington.

LONDON, 2. Jan. Reuter meldet aus Washington, die Konferenz näherte sich ihrem Ende. Man erwarte, daß noch zwei Vollkungen abgehalten werden. Eine werde die bezüglich der Marinefrage, die andere die bezüglich des Fernen Ostens noch unerledigten Punkte regeln. Es scheint, daß der 14. Januar, an welchem Tage Balfour und Lord Leo nach England zurückzureisen gedenken, als Datum des Schlußes der Konferenz festgehalten werde. Die Marinestützenden hoffen, noch einige Einzelfragen zu erledigen.

Der Ferner Osten.

WASHINGTON, 2. Jan. Die Delegierten der Republik des Fernen Ostens, welche verlangen, daß die sibirische Frage auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werde, haben eine Reihe von Dokumenten veröffentlicht, die beweisen sollen, daß Frankreich und Japan sich seinerzeit geeinigt haben,

- 1. bezüglich eines Zusammenwirkens gegen die Bolschewisten in Sibirien und Japan und
2. bezüglich eines Zusammenwirkens auf der Washingtoner Konferenz.

Die französischen und japanischen Delegierten erklärten mit einigem Nachdruck, daß die als Beweismittel vorgelegten Dokumente gefälscht sind.

Die Uebergabe Dedenburgs an Ungarn.

BUDAPEST, 2. Jan. Am Neujahrstage ist die feierliche Uebernahme Dedenburgs durch Ungarn erfolgt. Vor der Uebergabe richtete die Generalkommission an die Bevölkerung einen Aufruf, worin sie ihr für die Gastfreundschaft und tadellose Haltung ihren Dank ausdrückte. In sämtlichen Kirchen wurden Festgottesdienste abgehalten. Anlässlich der Unterzeichnung der Uebergabeprotokolle betonte der ungarische Bevollmächtigte General Guilleaume, Ungarn wolle mit allen Nachbarn in gutem Ein-

vernehmen leben und alles aufbieten, damit das soeben besiegte Friedenswerk mit Oesterreich auch von Dauer sei. Kein einziger Staatsbürger werde wegen seines Verhaltens bei der Volksabstimmung auch nur der geringsten Unannehmlichkeit ausgesetzt werden. Der Bürgermeister Thurner führte vor der versammelten Bevölkerung u. a. aus: „Kein einziger ehelich denkender Deutscher kann es uns verübeln, daß wir dem ungarischen Vaterlande die Treue bewahren. Wir haben anlässlich der Abstimmung gehandelt, wie es ehrlichen Leuten ziemt.“ Die Festlichkeiten wurden mit Musikaufführungen, Fackelzügen und einer Festvorstellung im Stadttheater abgeschlossen.

Die Optionsfrage.

BERLIN, 2. Jan. Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Wie aus vielfachen Anfragen hervorgeht, herrscht in der Öffentlichkeit immer noch keine Klarheit darüber, für welche Personen eine Option auf Grund des Deutsch-Danziger Optionsvertrages in Betracht kommt. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß diejenigen deutschen Reichsangehörigen, die am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz im Gebiete der jetzigen Freien Stadt Danzig hatten, mit diesem Tage die Reichsangehörigkeit verloren und die Danziger Staatsangehörigkeit erwarben. Unter diesen Voraussetzungen haben auch die am 10. Januar 1920 dort wohnhaften Beamten die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Staatsangehörigkeit der Freien Stadt Danzig erworben. Personen, die danach die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben, können, vom Falle der Wiedereinbürgerung abgesehen, die deutsche Reichsangehörigkeit wieder erwerben, daß sie bis zum 10. Januar 1922 für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren. Zuständig für die Entgegennahme der Optionserklärungen auf Grund des deutsch-Danziger Optionsvertrages sind in den Stadtteilen die Ortspolizeibehörde und in den Landteilen der Landrat. Ueber die näheren Bestimmungen haben die erwähnten Behörden Auskunft zu erteilen. Die für Deutschland optionsberechtigten Danziger Staatsangehörigen werden bei ihrer Entschloßung in Betracht zu ziehen haben, daß sie innerhalb von zwölf Monaten nach Abgabe der Optionserklärung ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen müssen.

Der Eisenbahnerstreik.

Das Erschöpfen der Bewegung.

BERLIN, 3. Jan. (Bon uns, Berliner Büro.) Die Lage im Eisenbahnerstreik hat sich im Laufe des gestrigen Nachmittags nun doch gebessert. Innerhalb des Eisenbahndirektionsbezirktes Berlin war die Arbeit fast überall wieder aufgenommen worden. Selbst der Stadt- und Ringbahnverkehr besserte sich gegen Abend. Im Verkehr nach Westdeutschland werden sich allerdings die Folgen des Streiks noch einige Zeit bemerkbar machen. Im Direktionsbezirk Essen waren die streikenden Eisenbahner in der Hauptsache der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit noch nicht nachgegeben. Doch rechnet man auch dort für heute mit dem völligen Erschöpfen des Streikes. Die übermäßig große Zahl beladener Eisenbahnwagen, namentlich der Kohlenwagen wird allerdings noch, wie man annimmt, einige Tage anbauern.

Während der Streiktage ist es wiederholt zu Sabotageakten gekommen. So wurden unter anderem ein Hemmschuh auf die Geleise gelegt, Bolzen wurden aus den Weichen herausgezogen, Brücke zu den Stellwerken abgeschliffen. Die Schupo und Bahnbeamte konnten Attentate verhindern.

BERLIN, 3. Jan. (Priv.-Tel.) Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat gestern über den Zustand der Eisenbahner den Beschluß gefaßt, in dem es heißt, daß der erweiterte Vorstand der am 31. Dezember zustandekommenden Vereinbarung unter der Voraussetzung zustimmt, daß sowohl die Eränzungsverhandlungen als der Vereinbarungen, als auch die am 5. Januar beginnenden allgemeinen Verhandlungen eine durchgreifende Besserung der Löhne und Gehaltsverhältnisse für alle Orte bringe. Der Vorstand erwartet, daß die Mitglieder des Verbandes in allen Ortsgruppen Disziplin üben und den Dienstsafort wieder aufnehmen, soweit es noch nicht geschehen sein sollte.

Wie das „B. T.“ meldet, sind in Dortmund, Hamm, Elberfeld und Köln bereits sämtliche Eisenbahner wieder zur Arbeit erschienen. In Essen erwartet man die Wiederaufnahme der Arbeit für heute in vollem Umfang. Auch in Coblenz sind die Eisenbahner wieder in vollem Umfang zur Arbeit erschienen.

Die Lage bei den bayerischen Eisenbahnen.

MÜNCHEN, 2. Jan. Der in verschiedenen Teilen des Reichs gebiets ausgebrochene Streik der Eisenbahner hat Bayern verschont. Sowohl der bayerische Eisenbahnerverband als die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der Deutsche Eisenbahnerverband in Bayern lehnten die Streikaktion ab.

Die Kohlenlage hat aber in Bayern zu mehreren Zugelschränkungen gezwungen, die jedoch den Bahnpersonenrechte Bayerns betreffen. Der Fernverkehr wird im Rahmen der bereits verfügbaren Einrichtungen durchgeführt.

Deutsches Reich.

Tirpich über seinen Rücktritt.

BERLIN, 3. Jan. (Bon uns, Berl. Büro.) In der am 6. Januar erscheinenden Nummer der „Grenzboten“ veröffentlicht Tirpich einen Artikel, dem insofern geschichtliche Bedeutung zukommt, als er die persönlichen und sachlichen Gegenstände beleuchtet, die im Großen Hauptquartier miteinander rangen. Tirpich stellt zunächst fest, daß entgegen den Behauptungen Bethmanns die Pressekontrolle bei der Marine gemäß den schon im Frieden erlassenen Mobilisationsbestimmungen nicht dem Marineamt, sondern dem Admiralstab unterstanden habe. Diese Feststellung ist besonders wichtig, weil ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, welcher seiner Zeit den Unwillen des Kaisers erregt hatte, dazu benutzt werden sollte, die unsachgemäße Handhabung der Pressezensur des Marineamtes nachzuweisen und damit den Rücktritt von Tirpich zu erzwingen. Tirpich bringt dann noch weitere Beispiele für das gegen ihn infamierte Intrigenspiel und kommt zum Schluß auf die tatsächlichen Gründe für seinen Rücktritt zu sprechen. Seine Krankmeldung vom 8. März 1916 sei erfolgt, als der Admiralstabchef nach dem Vortrage vom 6. März nach Berlin zurückgekehrt war mit der offiziellen Mitteilung, daß der U-Boot-Krieg endgültig aufgegeben sei. Durch die völlige Umstellung in so wichtigen maritimen Entscheidungen, die eine flagrante Verletzung der ihm zustehenden Rechte darstellte, sei das weitere Verbleiben für ihn, Tirpich, unmöglich gewesen.

Wäre es nicht besser, alle derartige Enthüllungen und Veröffentlichungen unterbleiben vorläufig? Wir haben erst jetzt wieder erlebt, daß die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Hindenburg und Wilhelm II. — der doch gewiß den unterschobenen Zweck, monarchistische Propaganda zu unterstützen, nicht hatte, andererseits aber auch wemlich Neues zur längst bekannten Friedensliebe des früheren Kaisers und den

lebenswert ritterlichen Zügen des greisen Feldmarshalls nicht brachte — parteipolitisch ausgeschlachtet wurde; wie sich Erklärungen und Gegenerklärungen folgten, wie selbst innerhalb einer nationalen Partei heftiger Zank daraus erwuchs. Dem soll damit gedient sein? Auf diese Weise wird das Längengewebe von der deutschen Weisheit am Krieg nicht zerstört, die unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse aber ganz, ganz langsam wachsende innere Geschlossenheit des Volkes gewiß nicht gefördert.

Die Arbeitsgemeinschaft im sozialistischen Mitteldeutschland. (Bon uns, Berl. Büro.) Nach einer Drahtung aus Braunschweig haben kürzlich die Minister der sozialistisch regierten Länder Braunschweig, Anhalt, Thüringen und Sachsen in Weimar eine zweite Konferenz abgehalten, die sich mit der „Justizreform“ beschäftigte. Diese Konferenzen der sozialistischen Minister Deutschlands sollen zu einer ständigen Einrichtung ausgebaut werden.

Zu Deutsch also: Die sozialistisch regierten Länder bereiten, insbesondere aber ihre Minister, eine Sonderorganisation innerhalb des Reiches vor, die leicht zu einer Sonder- oder Nebenregierung führen kann. Sollten sie doch nicht ganz mit ihrem „Unitarismus“ zufrieden sein?

DRESDEN, 3. Jan. Die demokratische Fraktion des sächsischen Landtages hat folgende Anfrage eingebracht: Zeitungsbeschlüsse zufolge haben in letzter Zeit mehrfach Zusammenkünfte der Minister aus Sachsen, Thüringen und Braunschweig stattgefunden, die nach Berichten der Dresdener Bantzeitung dazu dienen sollen, eine dauernde Arbeitsgemeinschaft zur Förderung sozialistischer Arbeit in Mitteldeutschland zu bilden. Solche Zusammenkünfte von Ministern verührende Rechte des Landtages in weitgehender Weise. Wir ersuchen deshalb die Regierung um Auskunft über die Notwendigkeit und den Inhalt solcher Besprechungen.

Eine Ministerpräsidentenszusammenkunft in Berlin?

MÜNCHEN, 3. Jan. (Eig. Drahtber.) Wie die „M. N.“ erfahren, wird in der nächsten Zeit eine Zusammenkunft der Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin stattfinden, bei der die deutsche Gesamtheit, insbesondere im Hinblick auf die Reparationspolitik erörtert werden soll. Der württembergische Staatspräsident Dr. v. Hieber und der bayerische Staatspräsident Hummel werden dem Vernehmen nach vor dieser Zusammenkunft zum Besuche des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Berchensfeld nach München kommen.

Die Gemeindevahlen in Lippe.

DESMOLD, 2. Jan. Die Gemeindevahlen im Lande Lippe am 1. Januar gingen unter außerordentlich großer Wahlbeteiligung von statten. Sie brachten den bürgerlichen Parteien einen großen Erfolg. In Desmold stehen 19 bürgerliche Mandate nur noch 5 mehrheitssozialistische gegenüber. Die Unabhängigen sind in Lippe fast ganz verschwunden. Die Kommunisten erlitten überall eine Niederlage. Die deutsche Volkspartei hat stark zugenommen.

Die Demokraten konnten sich fast überall behaupten. In zahlreichen ländlichen Gemeinden hatten sich fast alle Parteien auf eine Einheitsliste verständigt, sodah es in diesen Orten zu keiner Wahlhandlung kam.

Briefhinterlegungen.

BERLIN, 3. Jan. (Bon uns, Berliner Büro.) Die Postverwaltung hat den Ehrgeiz zu zeigen, daß sie auch mehr als automatisch die Kosten steigern kann. Sie will jetzt Versuche mit Briefhinterlegungen machen, die auf dem Funkwege befördert werden sollen. Zu diesem Zweck dürfen sie nur 30 Worte höchstens enthalten. Vom 10. Januar ab soll ein Vorversuch zwischen Berlin und Hamburg beginnen. Die Gebühr eine für den Versuchsverkehr ist auf 50 Mt. für das Wort und mindestens 500 Mark für das Telegramm festgesetzt. Das ist eigentlich keine sehr soziale Reform.

Wohin soll das führen?

BERLIN, 3. Jan. (Bon uns, Berliner Büro.) Der ungedeckte Mehrbedarf der Stadt Berlin beträgt nach den letzten Bohrerhebungen der städtischen Werke 340 Millionen Mark. Es sollen nun die Preise für Elektrizität auf 6 Mark, für Gas auf 3 Mark und für Wasser auf 1,30 Mark erhöht werden. Für die Straßenbahn auf 2 Mt. Trotzdem verbleibt bei den städtischen Werken ein Fehlbetrag von 75 Millionen Mark übrig. Aber es rumort schon wieder in der städtischen Arbeitschaft und man droht neuerdings mit Ausständen.

Bayern und die Weis.

Der bayerische Ministerpräsident und die Presse.

MÜNCHEN, 3. Jan. (Eig. Drahtber.) Der bayerische Ministerpräsident Graf Berchensfeld hat im Namen der bayerischen Staatsregierung an die „Münchener Neuesten Nachrichten“ ein Schreiben gerichtet, worin er anlässlich des 75jährigen Jubiläums dieser Zeitung die Glückwünsche der bayerischen Staatsregierung zum Ausdruck bringt und in dem es u. a. heißt:

„Sorgenschwer lastet die Gegenwart auch auf der deutschen Presse. Im besetzten Gebiet ist ihre Unabhängigkeit durch die Fremden bedroht, aber auch im übrigen Deutschland sind es wirtschaftliche Nöte, die ihre Existenz und Freiheit gefährden. Vängt sie die Presse zu einem Gegenstand des täglichen Bedarfs geworden. Die Nöte der Presse sind darum Sorgen der Allgemeinheit. Sie müssen auch Gegenstand der ersten Beachtung für jede Regierung sein. Die bayerische Staatsregierung ist sich dessen voll bewußt. Sie erlöst in dem 75jährigen Gedenktage einen Anlaß, die Bedeutung einer großen, freimütigen und leistungsfähigen Presse (seiner Notwendigkeit für die kulturelle, wirtschaftliche und politische Entwicklung des deutschen Vaterlandes hervorzuheben.“

Letzte Meldungen.

Die Kleine und die Große Entente.

BERLIN, 3. Jan. (Bon uns, Berliner Büro.) Aus der Rede des Ministerpräsidenten Masarik beim Kaiserempfang sind von besonderem Interesse die Ausführungen über das Verhältnis zwischen der Kleinen und der Großen Entente. Masarik erklärte: „Die Kleine Entente hat sich bewährt. Wir haben wertvolle freundschaftliche Beziehungen mit Polen und Oesterreich angeknüpft. Es bleibt nur noch Ungarn und ich hoffe, daß wir auch mit ihm einig werden. Die Organisation in Zentral-Europa geht in Uebereinstimmung mit der Großen Entente vor sich. Wir erkennen die Entente vom ersten Anbänge an als notwendige Autorität für das Europa der Nachkriegszeit an und wünschen, daß diese Autorität fortbauert.“

4. Wagenklasse wohl nach früherer Zusage treten. Die Wagen 1. Klasse sind aus den Verlehnungen schon seit langem verschwunden...

Scannal wurden Landgerichtsrat Dr. Hans Hill in Mannheim zum Untersuchungsrichter und Notar Georg Eifelborn in Mannheim zum Notariatsdirektor bei den Notariaten Mannheim V-VIII.

Enthoben wurde Kaufmann Michael Rothschild auf Antrag von dem Amt als Handelsrichter beim Landgericht Mannheim.

Die Rettungsmeldung wurde dem Lehrling Willy Friedrich Bell in Rheinau verliehen.

Neuregelung der Lohn- und Gehaltsstände. Durch zwei unter dem 22. Dezember 1921 vollzogene Verträge (Vertrag betr. Aenderung der Verordnung über Lohnpändung und Gehalt über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen) erlassen die bestehenden Pfändungsbeschränkungen eine wesentliche Erweiterung...

Verzicht im Briefverkehr mit dem besetzten Gebiet. Die Internationalisierte Rheinland-Kommision in Koblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht ausgesprochen, jederzeit die Zuständigkeit von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können.

Insfernisse. Auf der Erde sind im Jahre 1922 zwei Verfinnkungen der Sonne zu beobachten. Der Mond wird nicht verfinnert. Am 28. März 1922 zwischen 11 Uhr vormittags und 5 Uhr nachmittags (MEZ) ereignet sich eine ringförmige Sonnenfinsternis, die in Südamerika beginnt, im Westindien endet und sichtbar ist in: Süd- und Mittelafrika, im Atlantischen Ozean, in Nord- und Mittelamerika, Europa mit Ausnahme des Nordens...

den Krümmung der Lichtstrahlen im Gravitationsfeld der Sonne, verwertet werden. Kos. Kometen im Jahre 1922. Von den Kometen, die als periodisch erkannt und bereits in mehr als einer Erscheinung beobachtet worden sind...

Das vorläufige Ergebnis der Sammlung der Kriegspatenschaft S. D. beträgt bis jetzt ca. 20 000 M., darunter eine Spende von 10 000 Mark.

Veranstaltungen.

Theaternachricht. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Erkrankungen im Personal muß heute im Nationaltheater anstelle von 'Christophers' Glucke Oper 'Orpheus und Eurydike' gegeben werden.

Table with 3 columns: Nationaltheater, Vorstellung, and Neues Theater, Vorstellung. Dates range from Jan 2 to Jan 25.

Kommunale Chronik.

Bahnwesen, 2. Jan. Da der Bürgerausschuß im letzten Jahre noch einige unausführbare Anträge gestellt hat, möchte er nun geltend machen, daß eine Erleichterung der Bahnverhältnisse im Mannheimer Stadtgebiet...

Hochschule, 2. Jan. Der Bürgerausschuß beginnt am 2. Januar mit der Beratung des städtischen Haushalts für das Jahr 1922. Der Haushaltsplan beträgt 4 500 000 Mark, die Einnahmen auf 4 000 000 Mark...

Städt. Räte, 2. Jan. Der Stadtrat befaßt sich in seiner letzten Sitzung in der Hauptsache mit Beschlüssen über neue Gebühren. Zunächst sollen die großen Gebühren, welche der Stadtrat dem Institut der Straßenreinigung und der Müllabfuhr, sowie der Fallienabfuhr...

Städt. Räte, 3. Jan. Der Stadtrat befaßt sich in seiner letzten Sitzung in der Hauptsache mit Beschlüssen über neue Gebühren. Zunächst sollen die großen Gebühren, welche der Stadtrat dem Institut der Straßenreinigung und der Müllabfuhr...

Vertrag, den das Reich mit dem Ausland geschlossen hat, wird in der Öffentlichkeit mäßig und zurückhaltend behandelt. Auf der anderen Seite wird die Frage der Besetzung des Reichspräsidenten durch das Reichstagsgremium...

Aus dem Lande.

Der Kampf gegen die Schwarzarbeiter. Im Karlsruhe, 3. Jan. In wachsender Umfang eine Verchiebung von Juden, Sirup, Rübenzucker, zur heimischen Verfertigung von Branntwein noch Mittelboden festgehalten hat...

Reulshelm bei Schweigenen, 3. Jan. Zwei junge Burschen überfielen auf der Landstraße nach Weisental den Händler Ruppinger von hier, schlügen ihn mit einem Prügel nieder und raubten ihm 1500 Mark.

Delheim, 3. Jan. Der Brandschaden bei dem gemeldeten Schadenfeuer in der Grundbesitzerstraße, wobei die Stuhlfabrik von Gebr. Reibert und eine gefüllte Scheune des Nachbarhauses abbrannten, beträgt 300 000 Mark.

Gröhlach, 3. Jan. Durch Kinder, die bengalische Petroleumlampen in die Luft warfen, wurde das Schulgebäude der Gebr. Buchheimer hier in Brand gesetzt.

Heidelberg, 3. Jan. Ein im zweiten Stockwerk des Rathauses auf einem Gang hängendes Bismarckbild wurde von einem Unbekannten mit einem Messer zerstückelt.

Roborn bei Mosbach, 3. Jan. Der an der elektrischen Stromleitung Fahrweg-Sattelbach beschlossene 19jährige Arbeiter Oberst aus Heidelberg kam mit dem elektrischen Strom in Berührung und wurde auf der Stelle getötet.

Karlsruhe, 3. Januar. Die Neujahrsvorstellung im allgemeinen ruhig verlaufen. Es wurde nicht in dem umfangreichen Maße gefeiert wie bei früheren Jahreswechseln...

Teningen (Breisgau), 3. Jan. In einem der letzten Abende wurde der Engelmarl Gottlieb Kern von hier auf seinem Fuhrwerk von zwei Straßen überfallen und gefährlich verletzt.

J Freiburg, 3. Jan. Die hiesigen Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen haben bei der Schulkommission den Antrag auf Einführung der ungeteilten Unterrichtszeit gestellt.

Der durch Grippe geschwächte Körper

Dr. Sanders Ledetran-Emulsion und Vitamin-Emulsion in welcher Weise wieder aktiviert und gestärkt. Emulsionen sind für Erwachsene und Kinder ein vorzügliches Nahrungsmittel...

Film-Rundschau. Mannheimer Lichtspiele. Das indische Grabmal.

Der erste Teil des Rio-Grand-Films 'Das indische Grabmal' wird gegenwärtig im Nationaltheater mit großem Erfolge gezeigt. Der Anhang war gestern Abend so stark, daß viele stehen mußten. Die Untertitelungen, die von einem Ereignis sprechen, waren nicht überflüssig.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die übrigens reichlich sentimentale Handlung nicht im Wunderlande Indien, sondern nicht weit von Berlin an einem märkischen See gebildet worden ist, dann muß man die größte Hochachtung vor dieser nicht zu übertreibenden Leistung unserer Filmindustrie haben.

Im Palasttheater läuft gegenwärtig ein Film, an dem der erstliche Bedauer nicht unvorteilhaft vorübergehen darf. Er nennt sich 'Der Roman eines Dienstmädchens', eine neue Variation des Japan als dargestellt und beliebten Themas...

Schwaburg. Der Roman der schwedischen Schriftstellerin Selma Lagerlöf 'Die Ingmarsföhne' ist zu dem Filmwerk 'Die Welt von den Wegen der Könige' verarbeitet worden.

In den Remmer-Lichtspielen läuft bis einschließlich Donnerstag der zweite Teil des Filmmittels 'Der geheimnisvolle Dolch'. Erant muß auf der Suche nach der letzten in Erscheinung getretenen 'Dolch' wieder verschiedene gefährliche Abenteuer bestehen...

er mit knapper Not mit dem Leben davonkommt. Die Handlung spielt zum großen Teil in Kalifornien, wozu Lospool die Geschehnisse verschleppt hat. Grant schließt sich dem Wampool näher an...

Colosseum-Wallhall-Lichtspiele. Der Film 'Mit Büchse und Spaten'. Ergebnis eines amerikanischen Ingenieurs in den Petroleumfeldern Mexikos, ist eine starke Erziehung...

Aus den Glashäusern.

Die Richard Oswald Film U.S. wird sich nach den guten Erfahrungen, die sie mit ihrem ersten Filmmittels 'Das Hamillton' gemacht hat, auch im nächsten Jahre im wesentlichen auf die Herstellung eines einzigen Großfilms konzentrieren...

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Das Wirtschaftsjahr 1921.

Rückblick und Ausblick.
II.

Die deutsche Wirtschaft wurde mehr als je im alten Jahre beherrscht von Dollar oder anders ausgedrückt von dem ständigen Auf und Ab in dem Kursstand der Mark, von der weiteren Entwertung der Markdevisen. Während in den ersten Monaten des Jahres 1921 die Mark eine ungefähre Stabilität bewahrte, stiegen die ausländischen Devisen Mitte des Jahres bis in den Dezember hinein ins Grotteske, um dann mit dem Auftauchen des Moratoriumsgedankens jah zu stürzen und sich nun, je nach der börsenmäßigen Bewertung der Aenderung in den Reparationen in wilden Zuckungen zu bewegen. Parallel damit ging die Bewegung der deutschen Mark, die vorübergehend geradezu einen Rekordtiefstand erreicht hatte. Es ist natürlich, daß diese unberechen- und unübersichtlichen Schwankungen für Deutschlands Industrie und Handel von den schwersten Folgen waren. Eine sichere Einkalkulation wurde zur Unmöglichkeit, außergewöhnliche Gewinne, aber auch Verluste waren an der Tagesordnung. Die andauernde und heftige Markbaisse führte zu einem neuen Ausverkauf Deutschlands, dem endlich, fast zu spät, durch gesetzliche Maßnahmen der Regierung gesteuert werden mußte. Eine Flucht vor der Mark setzte vom neuen ein, die zur Einschränkung der privaten Spekulation durch Verordnungen führte, aber auch diese kamen reichlich spät und erzielen nicht die beabsichtigten Wirkungen.

Der jähe Umschwung auf dem Devisenmarkt brachte neue Unruhe und Nöte in das Handelsleben. Die leichte Marksteigerung, wie sie sich im letzten Monat durchgesetzt hat, führte zum Abschwächen der deutschen Wettbewerbsmöglichkeit auf dem Weltwarenmarkt, auf dem sog. Industrieschutzgesetz und Dumpingmaßnahmen an sich bereits den Konkurrenzkampf erschweren. Die jetzigen Schwankungen wiederum vermehren die Unsicherheit, da jede Uebersicht unmöglich wird und die Konjunktur sich derartig unklar gestaltet hat, daß dem Handel nur wenig Betätigungsmöglichkeit bleibt. Neben diesen Auswirkungen des Reparationsproblems nach innen kommen seine Folgen in der steigenden Notenflut und am auffälligsten im deutschen Reichsstat zur Erscheinung. Das Jahr 1921 brachte eine Zunahme von über 30 Milliarden Papiermark, ein deutliches Zeichen unserer schwierigen Wirtschaftslage. Auch das Defizit im Reichsbudget von weit über 160 Milliarden \mathcal{M} , das völlig ungedeckt ist und nur durch erneutes Ansteigen der schwebenden Schulden ausgeglichen werden kann, beweist die finanzielle Not, an der Reich und Wirtschaft gleich stark krankt. Hierzu kommt nun noch die Passivität der deutschen Handelsbilanz, in der erstmalig für den Monat November ein Umschwung sich zeigt. Das bis dahin stete Anwachsen des Einfuhrüberschusses ist der deutlichste Beweis, daß das von außen her feststellbare Blühen der deutschen Wirtschaft eine Scheinblüte, eine Giftblume ist, die den Todeskeim der deutschen Wirtschaft in sich trägt. Inflation und Devisenschwankungen drücken sich weiterhin klar in der Preisgestaltung innerhalb Deutschlands aus. Mit sinkender Mark Lohnforderungen und Streiks, höhere Löhne und steigende Preise in gleichförmiger Ablösung.

Der Lohnabbau, wie er in den ersten Monaten des Jahres zur Debatte stand, ist in unabsehbarer Fernen gerückt, an der Schwelle des neuen Jahres steht eine neue Preiswelle, die vielleicht erst im Spätfrühjahr zum Stillstand gebracht werden kann. Wohin der Blick auch rückwärts schauend trifft, überall erheben sich die Gespenster Sorge und Not. Trübe verhangen ist der Ausblick in die Zukunft. Und doch stehen wir mit der Jahreswende auch an einem entscheidenden Wendepunkt. Die jetzigen Verhandlungen über das Moratorium und das gesamte Reparationsproblem werden dem kommenden Jahr das bestimmende Signum aufdrücken. Die Weltwirtschaftskrise hat sich bedrohlich verschärft. Werden diese Erscheinungen, die sich in Handel und Industrie aller Staaten deutlich zeigen, den Sieg der Wirtschaft über die Politik auslösen? Sei es, wie es sei, Deutschland geht auch im kommenden Jahr nach außen und innen schweren Zeiten entgegen, mögen sie auch ein leichtes Aufatmen oder ein Erdrücktwerden mit sich ziehen. Das Reparationsproblem in seiner neuen Gestaltung birgt Deutschlands Zukunft!

Entscheidung des Reichsfinanzhofes.

Zur Berechnung des Reichsstempels bei Gründung einer Gesellschaft m. b. H.

Eine G. m. b. H. ist mit einem Stammkapital von 700 000 \mathcal{M} gegründet worden. Eingebracht ist ein Geschäft im Werte von 725 000 \mathcal{M} . Davon werden 700 000 \mathcal{M} auf das Stammkapital verrechnet, der Rest mit 25 000 \mathcal{M} wird bar herausgezahlt. Dem Entrichtungsstempel der Tarifnummer 1 A b des Reichsstempelgesetzes 1918 ist nur der Betrag von 700 000 \mathcal{M} , nicht auch der von 25 000 \mathcal{M} zu unterwerfen. Nach Spalte 4 der Tarifnummer 1 A b ist der Berechnung des Stempels, soweit die Geschäftsanteile nicht gegen Barzahlung übernommen sind, der Wert der Leistung an die Gesellschafter an die Gesellschaft zugrunde zu legen. Der Wert der Leistung ist aber hier nicht gleich dem Werte des Geschäfts mit 725 000 \mathcal{M} . Das wäre nur richtig, wenn die Gesellschaft für das Einbringen des Geschäfts keine Herauszahlung zu machen hätte, denn in diesem Falle würden sich Wert der Leistung und Wert des Geschäfts decken. Erhalten aber die Gesellschafter für die Sacheinlage, also für das Geschäft, eine Herauszahlung, so ist ihre Leistung in ihrem Werte um diese Herauszahlung verringert. Die Sache liegt im wesentlichen nicht anders, als wenn ein mit Schulden belastetes Geschäft eingebracht wird. Als Wert einer solchen Einlage können nur die Aktiven abzüglich der Passiven angesetzt werden. Der Uebernahme der bereits vorhandenen Schulden durch die Gesellschaft steht die Eingebung einer neuen Schuld durch die Verpflichtung zur Herauszahlung gleich. (Urteil vom 28. Oktober 1921, IFA 345/21.)

Der Zentralverband der deutschen Metall- und Hüttenindustrie E. V.

hat, wie uns geschrieben wird, in Berlin eine außerordentliche Mitgliederversammlung abgehalten. Der Geschäftsführer, Herr Dr. Lüttke, erstattete einen ausführlichen Bericht über die wirtschaftliche Lage. Im Anschluß hieran nahm Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. Ph. Wieland, Mitglied des Reichstags, zu verschiedenen wichtigen Wirtschaftsfragen Stellung. Er schilderte insbesondere die gegenwärtige Krise und ihre Bedeutung für die nächste Zukunft und wies auf die Absichten Frankreichs hin, die deutsche Industrie vollends zugrunde zu richten. Für die inneren deutschen Verhältnisse stellte er insbesondere die Förderung auf, das Besteuerungswesen im Deutschen Reich zu vereinfachen, da die Finanzämter ihren heutigen verwickelten Aufgaben nicht gewachsen seien. Die Versammlung nahm gegen die ohne Anhörung der Beteiligten erfolgte schematische Erhöhung der Ausfuhrabgaben Stellung, die dazu geführt hat, daß das höchst verfeinerte Fertigfabrikat kaum höher belastet wird als Halbfabrikate. Es wurde beschlossen, beim Reichstag und beim Reichswirtschaftsrat Beschwerde über dieses, jeder vernünftigen wirtschaftlichen Ueberlegung ermangelnde Verfahren des Reichswirtschaftsministeriums zu erheben. Eine Aussprache über die Versicherungsangelegenheiten ergab,

wie schon bei früheren Verhandlungen, daß nach übereinstimmender Meinung der Versammlung die Feuerversicherungsprämien eine unerträgliche Höhe erreicht haben. Es wurden dabei einzelne Fälle zur Sprache gebracht, die außerdem eine besondere Rücksichtslosigkeit des Verhaltens von Feuerversicherungs-Gesellschaften bewiesen.

Hypothekengläubiger und Goldklausel.

In den Kreisen der Hypothekengläubiger macht sich eine Bewegung bemerkbar, die sich gegen die Bundesratsverordnung vom 28. September 1914 richtet. Durch diese Verordnung ist die vertragliche Goldklausel aufgehoben worden. Die betreffende Bundesratsverordnung lautet: „Die vor dem 31. Juli 1914 getroffenen Vereinbarungen, nach denen eine Zahlung in Gold zu erfolgen hat, sind bis auf weiteres nicht verbindlich... Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens (dieser Verordnung) bestimmt der Reichskanzler.“ Das hat nun der Reichskanzler bisher nicht getan. Die Goldklausel ist seit 31. Juli 1914 bis zur Stunde noch unwirksam. In der ersten Kriegszeit, wo unser Papiergeld dem Goldgeld völlig gleichwertig war, blieb die Aufhebung der Goldklausel ohne verlustbringende Nachwirkung. Heute ist dies angesichts unserer Valutanot etwas anderes. Das wird sehr stark in den Kreisen der Hypothekengläubiger empfunden, die von vielen Hypothekenschuldnern unter Benutzung der Bundesratsverordnung vom 28. September 1914 mit Papiergeld abgelöst werden. Es ist natürlich angesichts der Höchstmietbestimmungen nicht möglich, einfach die sofortige Aufhebung jener Bundesratsverordnung zu fordern. Das würde eine geradezu ruinöse Wirkung auf dem Grundstücksmarkt hervorrufen. Wohl aber ließe sich ein Zwischengesetz erlassen, das es dem Schuldner versagte, den Hypothekengläubiger um seine Goldwertigkeit zu bringen. Andererseits müßte natürlich im Interesse der Allgemeinheit dafür gesorgt werden, daß bei der Wiederaufrichtung der Goldklausel Privatgläubiger, Hypothekenbanken, Lebensversicherungsgesellschaften usw. keine übermäßigen Goldwertgewinne auf Grund der ungewöhnlichen Valutadifferenz erzielen. In unserer Steuerpolitik dürfte diese Frage eine Rolle spielen.

Deutsches Eigentum in den Vereinigten Staaten.

Es wird vielfach die Auffassung vertreten, daß am 2. Januar 1922 die Anmeldefrist für Ansprüche deutscher Staatsangehöriger, deren Eigentum in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt oder liquidiert worden ist, der amerikanischen Regierung gegenüber abläuft. Demgegenüber betont der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband in einer Zuschrift an uns, daß diese Auffassung unbegründet ist. Eine sechsmonatige Anmeldefrist vom 2. Juli 1921 an gerechnet, d. h. von dem Tage an, welchen Präsident Harding als den Beginn des Friedenszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erklärt hat, besteht nur für diejenigen „nicht feindlichen Personen“, welche als Dritte Forderungen an deutsche Staatsangehörige oder Firmen haben, deren Eigentum in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt worden ist, und die berechtigt sind, eine Befriedigung ihrer Forderungen aus diesem Eigentum in Washington zu beantragen, und ferner für die Persönlichkeiten, die in einem Ergänzungsgesetz vom 5. Juni 1920 unter Sektion 9b aufgeführt sind. Es wird in der Zuschrift des genannten Verbandes nochmals darauf hingewiesen, daß über das Schicksal des beschlagnahmten rein deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten allein der amerikanische Kongreß zu entscheiden hat, und da es heute noch ungewiß sei, wie diese Entscheidung ausfallen werde, könne von einer Anmeldefrist für Ansprüche an dieses Eigentum gegenüber der amerikanischen Regierung heute überhaupt nicht gesprochen werden, weil eine solche Frist nur dann in Frage kommen würde, nachdem der Kongreß im günstigen Sinne entschieden hat.

Zur Finanzierung der Rhein-Main-Donau-A.-G., München verlautet noch, daß von den auszubehenden 300 Mill. \mathcal{M} Vorzugsaktien 42 Mill. \mathcal{M} von den Städten übernommen werden, während die bei der Gründung mitwirkenden Banken restliche 258 Mill. \mathcal{M} namens eines zu bildenden Konsortiums fest übernehmen haben. Die fünf Banken sind: Deutsche Bank, Bayerische Staatsbank, Bayerische Hypothek- und Wechselbank, Bayerische Vereinsbank und Rheinische Creditbank. Das Konsortium wird sich aus Banken und Bankiers aus allen Teilen Deutschlands zusammensetzen. Durch ein besonderes Reichsgesetz vom 24. Dezember ist den Vorzugsaktien die Mündelsicherheit verliehen worden; als Voraussetzung dafür gilt die Uebernahme der Garantie des Reiches und der Länder für Kapital und Verzinsung der Vorzugsaktien. Bekanntlich berechtigen die Vorzugsaktien zum Bezug einer Vordividende bis zu 7%, und zwar ist eine Vordividende von 5% vom Reich und von Bayern gewährleistet. Die Vorzugsaktien sollen lt. „M. N. N.“ zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden. Mündelsicherheit genießen auch die Obligationen der Rhein-Main-Donau-A.-G., von denen die obengenannten Banken 300 Mill. \mathcal{M} verzinssich mit 5% bereits fest übernommen haben.

Bad. Handelskontor G. m. b. H. Mit dem Sitz in Lörrach wurde das „Badische Handelskontor“ gegründet, das seine Geschäfte am 1. Januar eröffnete. Die Gesellschaft entstand aus der Vereinigung der beiden Firmen E. Bertsch u. Co. in Lörrach und Ernst Sprich in Schönau i. W. Verkaufsstellen befinden sich in Schönau und in Weil bei Lörrach.

Die Firma Brenzinger u. Co. in Freiburg i. B. blickt in diesem Jahre auf ihr 50jähriges Bestehen zurück. Der noch heute in der Firma tätige Seniorchef Dr. Ing. e. h. Jul. Brenzinger begründete im Jahre 1872 den Betrieb zur Herstellung von Betonwerkstein, der sich aus kleinen Anfängen zu einer der führenden Firmen Deutschlands auf diesem Gebiet emporarbeitete. Zahllose Brücken, Wasserkraftanlagen, Kanalisationen usw. zeugen von der Tätigkeit des Werkes, das schon frühzeitig die große Bedeutung des Betons und Eisenbetons für Hoch- und Tiefbau erkannte. Ein Spezialgebiet bildet die Herstellung von Zementrohren in der Fabrik zu Kirchzarten. In den verfloßenen Jahren beschäftigte die Firma zeitweilig über 1000 Arbeiter.

Betriebsstilllegung infolge Kohlenmangels. Aus Düsseldorf wird gemeldet: Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik hat infolge Kohlenmangels, durch den Eisenbahnstreik verschärft, den größten Teil des Betriebs stillgelegt.

Personalien. Die langjährigen Mitarbeiter und seitherigen Geschäftsführer der Wöllnerwerke und Rheinische Wasser- und Gasfabriken G. m. b. H. in Rheingörsheim-Ludwigshafen a. Rh., Herren Ed. Wöllner jr. und Val. Ketterle wurden zu Fabrikdirektoren ernannt. — Die Mannheimer Privatbank Friedrich Straßburger teilt uns mit, daß sie Herrn Kurt Straßburger Einzelprokura erteilt hat.

Devisenmarkt

Ein Dollar = 185 \mathcal{M} .

Mannheim, 3. Jan. (9.30 vorm.) Die Nachrichten über den Devisenverkehr melden übereinstimmend große Geschäftstillstände. Die Kurse liegen seit gestern Abend ziemlich unverändert. Am hiesigen Platze wurden genannt: Holland 6850 bis 6925, Kabel Newyork 185—187, Schweiz 3600—3650, London 782.50—790, Paris 1500—1550.

Wien	30	2	(in Kronen)	424.80	474.00
Amsterdam	1949.50	2148.30	Paris	1041.75	1134.75
Berlin	22.17	21.72	Zürich	28.37	31.72
Kopenhagen	1065.72	1164.75	Lira-Roten	219.30	231.90
London	222.30	245.48			
Kopenhagen	21	2	(in Kronen)	30.90	30.95
Stockholm	2.80	2.90	Stockh. a. London	42	40.45
Amsterdam	183.50	181.90	Paris	48	30.90
Schwyz	97.30	97.30	Auswärtigen	—	9.50
New York	4.80	4.97	Helsingfors	—	9.50
Stockholm	31	2	(in Kronen)	16.70	18.00
Stockh. a. Berlin	2.20	2.20	Stockh. a. London	31.85	2.38
Amsterdam	147	147.25	Paris	31	—
Schwyz	75	75	Brüssel	—	—
Washington	2.98	4	Helsingfors	7.50	7.50

Neueste Drahtberichte.

× München, 3. Jan. (Eig. Drahtb.) Bayernwerke A.-G. in München. Die Gesellschaft erhielt die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von 300 Mill. \mathcal{M} 4% iger Schuldverschreibungen, die von 1926 ab jährlich mit 1 1/2% im Wege der Verlosung rückzahlbar sind. Der bayerische Staat übernimmt volle Garantie für Kapital und Zinsen.

× Köln, 3. Jan. (Eig. Drahtb.) Farbwerke Franz Rasquin in Köln. Die Gesellschaft beantragt eine Kapitalerhöhung um 6 auf 12 Mill. \mathcal{M} sowie die Umwandlung der bisherigen 1 Mill. \mathcal{M} Vorzugsaktien in Stammaktien. Der Geschäftsgang im laufenden Jahr ist bisher günstig. Das Werk ist stark beschäftigt und kann nicht alle Aufträge hereinnehmen. Die Gesellschaft hofft, auch im laufenden Jahre wieder eine angemessene Dividende (i. V. 40%) verteilen zu können.

× Berlin, 3. Jan. (Eig. Drahtb.) Zuckerfabrik Kleinwanzleben. Die G.-V. setzte die Dividende auf 30% fest. Der Vorstand bezeichnete die Aussichten im großen und ganzen als nicht schlecht.

× Berlin, 3. Jan. (Eig. Drahtb.) Howaldtswerke in Kiel. Der Aufsichtsrat beschloß, auf das erhöhte Kapital eine Dividende von 24% (20%) zu verteilen. Der Ausbau der Werft und die Ausrüstung des Hafens ist beendet. Die Tochtergesellschaften haben zufriedenstellend gearbeitet. Da das Werk für das laufende Geschäftsjahr und darüber hinaus voll beschäftigt ist, dürften die Verhältnisse weiter die gleichen bleiben.

× Berlin, 3. Dez. (Eig. Drahtb.) Holz- u. Metallhandelsindustrie in Berlin. Unter dieser Firma ist eine neue A.-G. mit 3 Mill. \mathcal{M} Kapital gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens sind der Handel mit Waren der Holz- und Metallindustrie sowie der Ankauf und die Ausbeutung von Wäldern im In- und Auslande. Die Gründer sind fast durchweg Russen.

Waren und Märkte.

Mannheimer Viehmarkt.

Zum gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 999 Stück Großvieh, davon 150 Ochsen, 127 Färren, 722 Kühe und Rinder, ferner 461 Kälber, 128 Schafe, 656 Schweine, 27 Wagenpferde, 221 Arbeitspferde, 40 Schlachtpferde. Preise für 50 kg Lebendgewicht: Ochsen 1. Klasse 1050—1100 \mathcal{M} , 2. Kl. 900—950 \mathcal{M} , 3. Kl. 750—850 \mathcal{M} , 4. Kl. 600—700 \mathcal{M} ; Färren 1. Kl. 850—975 \mathcal{M} , 2. Kl. 700—800 \mathcal{M} , 3. Kl. 600—700 \mathcal{M} ; Kühe und Rinder 1. Kl. 1050—1100 \mathcal{M} , 2. Kl. 900—950 \mathcal{M} , 3. Kl. 800—850 \mathcal{M} , 4. Kl. 650 bis 800 \mathcal{M} , 5. Kl. 400—550 \mathcal{M} ; Kälber 1505—1800 \mathcal{M} , Schafe 450 bis 650 \mathcal{M} , Schweine 1400—1850 \mathcal{M} , Wagenpferde 11 000 bis 35 000 \mathcal{M} , Arbeitspferde 8000—32 000 \mathcal{M} , Schlachtpferde 1500 bis 3500 \mathcal{M} das Stück. Marktverlauf mit Großvieh gute Ware lebhaft, geringe mittelmäßig, geräumt; mit Kälbern und Schafen mittelmäßig, ausverkauft; mit Schweinen ruhig, kleiner Ueberstand; mit Wagen- und Arbeitspferden mittelmäßig, mit Schlachtpferden lebhaft.

Württ. Landesproduktenbörse. Aus Stuttgart wird uns unterm 2. d. M. geschrieben: Der Getreidemarkt verkehrte in den abgelaufenen beiden Wochen in ruhiger, abwartender Haltung. In den letzten Tagen trat jedoch eine Steigerung der Preise ein, da bekannt wurde, daß die Reichsgroßhandelsstelle inländischen Weizen und Roggen aufkaufen ließ. Wir notieren per 100 kg ab württ. Stationen: württ. Weizen je nach Lieferzeit 750—770 \mathcal{M} (19. Dez. 720 bis 740 \mathcal{M}), Sommergerste 710—750 \mathcal{M} (700—730 \mathcal{M}), Hafer 520 bis 550 \mathcal{M} (unverändert), Weizenmehl Nr. 0 1150—1170 \mathcal{M} (1125 bis 1145 \mathcal{M}), Brotmehl 900—920 \mathcal{M} (875—895 \mathcal{M}), Kleie 300 bis 400 \mathcal{M} (unverändert), württ. Heu 230—250 \mathcal{M} (210—230 \mathcal{M}), Stroh 85—95 \mathcal{M} (unverändert).

Kaffee. (Wochenbericht der Firma Morris A. Heß G. m. b. H., Hamburg 6.) Die Ruhe am Kaffeemarkt hielt auch letzte Woche an. Abschlüsse sind kaum getätigt worden. Der Konsum ist vorläufig noch versorgt und verkauft seine Bestände zu Preisen, die teilweise bis 50% unter der Bezugsmöglichkeit liegen. Wenn diese Vorräte zur Neige gehen, dürfte sich wieder Geschäft entwickeln und werden sich die Preise bei wieder eintretendem Bedarf natürlich den Weltmarktpreisen zuzüglich dem 40fachen Friedenszoll anpassen müssen. Unter Zugrundelegung der heutigen Importpreise würde im Kleinhandel der Verkaufspreis für 1 Pfund gebrannten Kaffee etwa 80—85 \mathcal{M} betragen, während derselbe heute noch zu 40—50 \mathcal{M} pro Pfund verkauft wird, ein Mißverhältnis, das sicherlich nur vorübergehender Natur sein kann. Notierungen vom 31. Dezember je nach Qualität und Beschreibung: Santos (superior/extra prime) 25—29 \mathcal{M} , gew. Zentralamerikaner 30—36 \mathcal{M} per 1/2 kg roh, unverzollt ab Freihafen-Lager Hamburg (Zoll ab 23. Novbr. 26 \mathcal{M} für 1 Pfund Rohkaffee).

Berliner Metallbörse vom 2. Januar.

	29. Dezbr.	2. Januar	Aluminiuml. Barr.	29. Dezbr.	2. Januar
Elektrolytkupfer	2828	2817	Zinn, raffin.	1360	1370
Refinedkupfer	4880—5000	5180—5200	Antimon	1310—1340	1310—1340
Nickel	2690—2925	2925—2975	Nickel	1135—1225	1170—1210
Nickel (Vb.-Pr.)	2850—2100	2975—2100	Antimon	2905—2950	2970—2980
da. (N. York)	3110	2990	Platin	3475—3525	3525—3575
Platin	1500—1600	1500—1600	Silber für 1 kg.	—	—
Aluminium	5000	5100			

Schiffahrt auf dem Oberrhein. Aus Straßburg wird uns gemeldet: Nach längerer Pause ist die Schiffahrt auf dem Oberrhein wieder eröffnet worden. Am Samstag ist das erste Schleppboot mit zwei Kähnen im Straßburger Hafen angekommen. — Im Verkehr zwischen Kehl und Straßburg ist eine Erleichterung insofern eingetreten, als die Straßburger Präfektur gegen Entrichtung einer Gebühr von 50 Cts. eine gelbe Dauerkarte abgibt, die für den Verkehr im ganzen Brückenkopfgelände Kehl Gültigkeit hat.

Schiffsverkehr. Der Dampfer „Hollandia“ des Kgl. Holl. Lloyd, Amsterdam, ist am 30. November von Amsterdam abgefahren und am 26. Dezember vormittags in New-Orleans angekommen. — Der Dampfer „Frisia“ der gleichen Linie ist am 2. Dezember von New-Orleans abgefahren und am 28. Dez. vormittags in Amsterdam angekommen.

Gerausgeber, Drucker und Verleger: Dr. Franz, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. 6. 2.
Direktion: Ferdinand Schmitt. — Schriftleitung: Dr. Fritz Goldmann.
Verantwortlich für Politik: J. B.; Dr. Fritz Schmitt; für Handel: J. B.; Dr. Franz Richter; für Religion: H. Wobers; für Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Richard Schmitt; für Kunst: Dr. Franz.

National-Theater Mannheim.

Dienstag, den 3. Januar 1922
24. Vorstellung in Mieta, Abteilung C
(für 2. Parkett C 21)

Orpheus und Eurydike

Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des
Molte von J. D. Sander. Musik von Christoph
Ritter von Gluck. In der Bearbeitung von Felix
Mottl. In Szene gesetzt von Eugen Gebrath.

Orpheus Johann Lippe
Eurydike Hertha Lampert-Crossigt
Asor Else Fiebr

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“

Abendlich Das auserlesene Neujahrs-Programm
der klassischen Varieté-Kunst
u. a.: Carl Bernhard — Ein musikalische Spitz-
wegbild — Krems-Familie u. a. l. S254

Kammer-Lichtspiele.

Nur noch 3 Tage:

Der geheimnisvolle Dolch

3. Abt. Hauptdarsteller Eddie Polo
sowie S264

Der stumme Simson
mit Luciano Albertini

Beide Film-Darsteller übertrafen sich gegen-
seitig in sportlichen Glanzleistungen.

K. R.

Kabarett Rumpelmayer

Das glänzende Januar-Programm
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 4 u. 8 1/2 Uhr
Res. Logen u. Tische Tel. 7567, 7481/82
von 7 1/2 Uhr ab 721. S262
Wohlfühlrestaurant Rumpelmayer
Eingang d. d. Wintergarten im Kaiser.

KOLO SSEUM

Dienstag bis Donnerstag

In beiden Theatern

Das Sprungbrett des Todes

Sensations-Detectiv-Drama in fünf
spannenden Akten S290

Außerdem im Kolosseum:

Goliath Armstrong -- 6. Teil

Die Entlarvung

Außerdem im Walhalla:

Mit Büchse u. Spaten

Amerikan. Wild-West-Drama in fünf
Sensations-Akten

Eintrittspreise Mk. 4.— bis Mk. 7.20

WALHALLA

Verstrantentafel für Handelsbetriebe

der Stadt Mannheim.

Bekanntmachung.

Aufgrund des Gesetzes über Versicherungs-
pflicht, Versicherungsberechtigung und Grund-
löhne in der Krankenversicherung geben wir
auch unserem Rundschreiben bekannt, daß
mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab die
Einkommensgrenze der Versicherungspflicht
der in § 165 Abs. 1 Ziffer 2-5 der Reichsver-
sicherungsordnung bezeichneten Personen auf
jährlich Mk. 40000.— ausgedehnt worden ist.
Die demnach erneut der Versicherungspflicht
unterworfenen Personen sind alsbald bei der
Allgemeinen Meldestelle (Bezirksamtsgebäude
St. L. 6, 1) anzumelden.

Wer in der Zeit seit dem 10. Mai 1920
wegen Ueberschreitung seiner Verdienstgrenze
von Mk. 15000.— ausgeschieden ist, kann
diesem 6 Wochen seine Wiederaufnahme als
Mitglied gemäß § 313 der R.-V.-O. beantragen,
sofern er beim Ausscheiden zur Weiterver-
sicherung berechtigt war und jetzt nicht versicherungs-
pflichtig ist. Die näheren Bestimmungen können
bei uns eingesehen werden. 40

Der Kostenbestand hat in Anwendung des
§ 9, vorbehaltlich der Zustimmung des Kas-
senausschusses und der Genehmigung des Ober-
verwaltungsamts Mannheim, den Grundlohn
mit Wirkung vom 1. Januar 1922, ab vor-
läufig festgelegt wie folgt:

Table with 5 columns: Einkunfts-
klasse, Durchschnitts-
lohn, Wochenbeitrag,
Wochentbeitrag,
Wochentbeitrag
in Prozent.

Für Waisen, Gehilfen und Lehrlinge, die
aus Entgelt beschäftigt werden, beträgt der
Beitrag pro Woche 135 Pfennig.

Die Herren Arbeitgeber werden ersucht, die
für die neue Lohnaufstellung erforderlichen
Lohnangaben nach dem Stand am 1. Januar
1921 längstens innerhalb 4 Wochen zu machen,
sofern die im Umlauf befindlichen Erhebungs-
bogen noch nicht eingereicht sind. Erhebungs-
bogen sind an der Kasse während den üblichen
Verkehrsstunden erhältlich.

Mannheim, den 2. Januar 1922.
Der Vorstand:
Wilh. Heberlein, Vorsitzender.

Modehaus Sachs
Mannheim 07,1
Hochparterre
Wir rüsten für das Frühjahr und wollen für unsere tüchtigen
Neu-Eingänge Platz schaffen.
Um dies so schnell wie möglich zu erreichen, haben wir uns
entschlossen
die Preise
für die noch vorhandenen Winterwaren
herabzusetzen
Unsere Spesenersparnis — Der Vorteil unserer Kundschaft.

Oestern mittag entschlief sanft nach
langem, schweren Leiden, im 79. Lebens-
jahre, unsere liebe, treusorgende Mutter,
Großmutter, Schwiegermutter und Tante
Frau
Magdalena Bastian
geb. Gesell
Die trauernden Hinterbliebenen:
Carl Bastian u. Familie
Alexander Bastian u. Frau
Max Bastian Wwe. u. Kinder.
Mannheim (Stamitzstrasse 3)
Hagen l. W., 3. Januar 1922.
Beerdigung findet am 4. ds. Mo-
nachmittags 1/21 Uhr von der Leichen-
halle aus statt. *6703

Nach langem, schweren mit
großer Geduld ertragenem Leiden,
entschlief sanft gestern vormittag
meine herzensgute, liebe Frau,
unsere treusorgende Mutter, Groß-
mutter, Schwiegermutter, Schwester
und Tante, Frau *6607
Pauline Federolf
geb. Ernst
im Alter von 51 Jahren.
Mannheim, 3. Januar 1922.
Georg Federolf und Kinder.
Die Beerdigung findet Mitt-
woch mittag 12 1/2 Uhr von der
Leichenhalle aus statt.

Am 1. Januar verschied nach langem
Leiden unsere hochverehrte Chefin
Frau
Georgine Wachenheim Wwe.
geb. Wioner.
Die Verstorbene war uns jederzeit eine
wehewollende und gerechte Vorgesetzte,
deren Andenken wir stets in Ehren
halten. *6641
Mannheim, den 2. Januar 1921.
Die Angestellten der Firma
Gust. Ph. Wachenheim.

Trauerbriefe sofort
schnell
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H. E 6, 2.

Statt besonderer Anzeige.
Heute verschied unerwartet an einem Herzschock mein lieber Mann,
unser guter, treubesorgter Vater und Schwiegervater
Herr Heinrich Gasteiger
im Alter von 49 Jahren.
MANNHEIM (E 7, 28), den 2. Januar 1922.
In tiefer Trauer:
Emilie Gasteiger geb. Lang
Trude Heitz geb. Gasteiger
Walter Gasteiger
Dr. Hermann Heitz.
Die Beerdigung findet in aller Stille statt.
Wir bitten herzlichst, von Beileidsbesuchen und Blumenspenden Abstand zu nehmen. *6688

Ämtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Für die am Sonntag, den 30. April 1922 be-
stimmte und 10 Tage dauernde Welle werden am
Dienstag, den 24. Januar 1922, vormittags 9 1/2
Uhr, im alten Rathaus die Plätze zur Aufstellung
von Rasenschildern, Schiffschildern, Anstaltschildern,
Photocopyen, Schies-, Zuck- und Kaffeebuden
den Bewilligten verleiht. Die kleinste
Verkaufsfläche werden nicht verleiht.
Mannheim den 30. Dezember 1921. 8

Freireligiöse Gemeinde Mannheim
Mittwoch, 4. Januar, abends 7 1/2 Uhr
„im Friedrichspark“ 1820
Wintersonnenwende-Feier
Aufführung von Goethes
„Prometheus“ etc.
Eintrittspreis 4.— Mk. und Steuer.

Hunde-Aufkauf!
Wittmoß, 4. Jan., von 10 Uhr bis abends 6 Uhr
speziell nur reinrassiger Spitzer und Pinscher.
Vorzuführen bei: *9850
Jean Dacker, Weissor Bären, L 6, 7.

Möbel.
Modernes Speisezimmer, Büfett,
1,40 m breit, Kredenz, Ausziehtisch mit
Stegverbinder, 4 Lederstühle für 6500 Mk.
zu verkaufen bei
Dietrich, E 3, 11.
Tanzschule J. Stündebeck
Waldparkstr. 36 part.
Unterrichtsstelle Restaurant „Rohlsparke“
lehrt alle
modernen Tänze
in streng gesellschaftlicher Form
Vornehme Anfänger- und Mode-Tanzkurse
für Ehepaare, Erwachsene und Jugendliche.
Chimmy-Kurse wöchentlich.
Einzel-Unterricht zu jed. Tageszeit.
Nächste Kurse beginnen am 8. u. 12. Januar.

Haut-, Blasen-,
Frauenleiden
(ohne Quecksilber,
ohne Einspritzung).
Blut-, Urin-Unter-
suchungen
Syphillis-
Behandl. nach den
neuest. wissen-
schaftl. Methoden ohne
Ruhelöschung
Istkräft. Krank. H. 5c pag. Daxser v. H. 1.— Fahr. versch.
Spez.-Arzt Dr. med. Holländer's Ambulatorium
Frankfurt a. M., Bethmannstraße 36, gegen-
über Frankfurter Hof. Tel. Hansa 6988. Ein-
trittst. 11—1, 5—7 Uhr. Sonntags 10—12 Uhr

Wohnhaus
2 x 3 Zimmer und Küche, aber leicht zu einer
Wohnung zu vereinigen, 1920 erbaut, in der Nähe
Mannheims, mit 15 Ar Garten und Kleintier-
haltung, sofort best.
zu verkaufen.
Königk. u. B. M. 796 an Hofhof Meffe, Mannheim.

Grosse
Versteigerung
Heinrich Lanzstrasse 32
(Bauerhaus Sträßchen).
Am Mittwoch, den 4. Jan-
uar, vormittags 10 Uhr und
nachmittags 2 Uhr an-
fangend, veräußere ich
vollständige
Wohnungs-Einrichtung
bestehend aus: 1 Schlaf-
zimmer, Wohn- u. Speis-
zimmer, Küchenrichtig-
keiten, einzelne Betten,
Schänke, Haus- und
Küchengeräte, Kleider-
Kasten, u. a. d. m.
H. Arnold.
Auktionator u. Taxator
O 3, 4. Tel. 6718.

Nebenzimmer
und Kegelbahn
zu vergeben. *6681
Rest. 5. neuen Redarplatz
Waldstr. 78.

Guten Mittag- u.
Abendstisch
für best. Damen u. Herr-
schaften. P 2, 3.
Tüchtige Schneiderin
empfiehlt sich im Her-
stellen v. Damen- u. Klei-
derkleidern, sowie Mä-
del und Kostümen. *6682
Frau Steger, Neustadt
Dürerstraße 6, part.
Tüchtige Weibwäberin
nimmt noch einige
Kunden an. Zu ent-
sprechen. 37, W 64, B 60/1